

Faire Arbeit. Fairer Lohn

Die Wirtschaft wächst in Deutschland wie seit vielen Jahren nicht mehr. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist bis Oktober 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 392.000 gestiegen. Auch in Thüringen steigt die Beschäftigung erstmals wieder. Die von der SPD-geführten Bundesregierung begonnenen und von der Großen Koalition in Berlin fortgeführten Reformen beginnen zu wirken. Eine Politik der Erneuerung braucht die Akzeptanz und das Engagement der Menschen. Darum setzen wir auf Augenmaß und soziale Verantwortung. Wir aktivieren die Arbeitsmarktpolitik für Thüringen.

- Öffentliche Auftraggeber in Thüringen müssen bei der Vergabe von Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem aktuellen Urteil zum Berliner Vergabegesetz bestätigt, dass solch ein Gesetz ein „geeignetes Mittel“ des Landesgesetzgebers ist zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der Gewährleistung der finanziellen Stabilität des Systems der sozialen Sicherung“. Einem Thüringer Vergabegesetz steht nichts mehr im Weg. Die rechtlichen Bedenken der Landesregierung und der CDU-Fraktion sind mit dem Urteil beseitigt. Deshalb bringen wir ein Vergabegesetz zur Verhinderung von Dumpinglöhnen und unsozialen Arbeitsbedingungen erneut in den Landtag ein. Firmen bekommen nur dann öffentliche Aufträge, wenn sie sich zur Anwendung der in Thüringen geltenden Tarifverträge für die jeweiligen Arbeitsfelder verpflichten. Ein derartiges Verfahren schützt nicht nur Arbeitnehmer, sondern sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen und sorgt für Qualitätssicherung.
- Arbeit muss anständig bezahlt werden. Jeder, der arbeitet, sollte mit seinem Einkommen sein Auskommen ausreichend bestreiten können. Die Fraktion der SPD im Thüringer Landtag spricht sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland aus. Dieser soll ein individuelles Auskommen möglichst unabhängig von sozialstaatlichen Unterstützungsleistungen sichern, branchenübergreifend und national einheitlich sein sowie dynamisch an die Entwicklung der Lebenskosten gekoppelt werden. Seine Höhe soll sich an den Mindestlöhnen in vergleichbaren westeuropäischen Staaten orientieren. Wir wollen faire Löhne und keine Stilllegungsprämie, auf die die Bürgergeldpläne der CDU-Landesregierung hinauslaufen.
- Arbeitsmarktpolitik verlangt Ehrlichkeit. Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass wir alle Arbeitslosen kurzfristig wieder in reguläre Beschäftigungsverhältnisse bringen können. Allerdings werden vorhandene Arbeitsmarktinstrumente zur Förderung Langzeitarbeitsloser nach wie vor unzureichend genutzt. Das mindert die beruflichen Eingliederungschancen und es entzieht den Regionen erhebliche Kaufkraft. Die SPD-Fraktion will eine beratende Unterstützung der ARGEs und optierenden Kommunen durch das Land und einen abgestimmten Fördermitteleinsatz insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die konkrete Ausgestaltung – nicht die Finanzierung – setzt die Federführung der Kommunen voraus, die aber vom Land beratend und fördernd unterstützt werden müssen. Die Arbeitsmarktförderung in Thüringen muss qualitativ verbessert werden! Bei vielen Langzeitarbeitslosen helfen die vorhandenen Förderinstrumente nicht mehr weiter. Wir brauchen deshalb neue Beschäftigungsangebote für langzeitarbeitslose Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen. Sie müssen unbefristet und sozialversicherungspflichtig sein, existenzsichernde Einkommen ermöglichen und professionell geleitet werden. Der Modellversuch zur Bürgerarbeit ist ein Schritt in die richtige Richtung.